

P r o t o k o l l

der 7. Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Neuburg am 15.09.2015

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:00 Uhr

Anwesend: Gemeinde Benz:	Elmar Mehldau
Gemeinde Blowatz:	Tino Schomann, Bärbel Hartig
Gemeinde Boiensdorf:	Wilhelm Gratopp
Gemeinde Hornstorf:	Andreas Treumann, Uwe Fritzsche
Gemeinde Krusenhagen:	Harry Haker
Gemeinde Neuburg:	Heidrun Teichmann, Bernd Hartwig Rainer Rosenberg

Nicht anwesend: -

Mitarbeiter

des Amtes: Frau Kerl, LVB
Frau Lange, Abt. Finanzen
Frau Guthardt, Abt. Ordnung und Soziales

Gäste: Frau Kopp, Ostsee-Zeitung

Einwohner: -

Protokollant: Frau Kerl

Tagesordnung:

1. Öffentlicher Teil

- 1.1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladungen, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 1.2 Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 1.3 Billigung der Niederschrift der 6. Amtsausschusssitzung
- 1.4 Bericht der Amtsvorsteherin
- 1.5 Information zur Haushaltsplanung 2016
- 1.6 Unterjährige Berichterstattung über die Haushaltswirtschaft des Amtes nach § 20 GemHV-Doppik
- 1.7 Information zur personellen Situation im Amt
- 1.8 Vorbereitung einer Vereinbarung zur Nutzung eines Einsatzleitwagens
- 1.9 Information zur Erarbeitung einer Vergabeordnung
- 1.10 Sonstiges

2. Nichtöffentlicher Teil

- 2.1 Personalangelegenheit
- 2.2 Beratung zur Amtsstruktur

TOP 1 Öffentlicher Teil**TOP 1.1**

Frau Teichmann eröffnet die 7. Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Neuburg und begrüßt die Amtsausschussmitglieder, Gäste und Mitarbeiter.

Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladungen und die Beschlussfähigkeit fest, von 10 Amtsausschussmitgliedern sind 10 anwesend.

TOP 1.2

Frau Teichmann bittet um Änderung der Tagesordnung. Aus Termingründen sollen die TOP 1.6 und 1.5 vorgezogen werden. Der Änderung wird zugestimmt.

TOP 1.3

Die Niederschrift der 6. Amtsausschusssitzung vom 21.04.2015 wird einstimmig bestätigt.

TOP 1.6

Im Rahmen der unterjährigen Berichterstattung über die Haushaltswirtschaft des Amtes nach § 20 GemHV-Doppik informiert Frau Lange über die wesentlichen Abweichungen zum Haushaltsplan 2015.

So waren bspw. die Ausgaben für den Volksentscheid nicht eingeplant. Mehrausgaben entstehen derzeit auch durch die steigende Zahl von Bestattungen durch die Ordnungsbehörde, sind vor allem aber bei den Personalkosten (Krankheitsvertretung) zu erwarten. Mehreinnahmen gibt es im Bereich der Bußgelder. Ausreichend liquide Mittel sind vorhanden, ein Nachtrag wird nicht erforderlich sein.

Es folgt eine kurze Diskussion um die Einstellung eines weiteren Ordnungshüters.

TOP 1.5

Frau Lange informiert über die Eckdaten der Haushaltsplanung 2016. Der Haushaltserlass liegt den Bürgermeistern vor. Die Umlagegrundlagen sind deutlich gestiegen, d.h. bei gleichbleibenden Hebesätzen würden Amts- und Kreisumlage deutlich steigen. Darüber hinaus wirken sich die nivellierten Hebesätze bei Grund- und Gewerbesteuer negativ auf die Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden aus. Die Erhöhung der bisher unterdurchschnittlichen Hebesätze sollte daher in allen Gemeinden diskutiert werden.

Insgesamt ist die Entwicklung der Aufwendungen für den Amtshaushalt 2016 unproblematisch, eine Steigerung zeichnet sich aber bei den Personalkosten ab, woraus sich ein Jahresfehlbetrag von 1.089 TEUR ergibt. Frau Lange erläutert die möglichen Varianten hinsichtlich der Gestaltung der Amtsumlage und das ggf. folgende Erfordernis eines Haushaltssicherungskonzeptes. Für die weitere Planung bittet sie den Amtsausschuss um eine Entscheidung, ob und ggf. in welchem Umfang die dargestellten Personalkosten für die Vertretung in der Kasse tatsächlich einfließen sollen. Nach ausführlicher Diskussion

entscheiden sich die Anwesenden mehrheitlich dafür, zu diesem Zweck Personalkosten für 3 Monate einzustellen. Sollte darüberhinaus Vertretungsbedarf bestehen, sind die Kosten aus der Rücklage zu finanzieren.

Frau Lange verlässt um 19:35 Uhr die Sitzung.

TOP 1.4

Bericht der Amtsvorsteherin:

Der Volksentscheid zur Gerichtsstrukturreform am 06.09.2015 ist bedauerlicherweise an mangelnder Wahlbeteiligung gescheitert. Die Wahlbeteiligung im Amtsbereich betrug 20 %. Unabhängig von Beteiligung und Erfolg der Initiative war die Vorbereitung mit einem enormen Aufwand verbunden. Frau Teichmann dankt allen Abstimmungsvorständen und den Mitarbeitern des Amtes für die gute Vorbereitung und den reibungslosen Ablauf.

Nachdem auch Neuburg 2013 schon mal Austragungsort des jährlichen Kreiserntedankfestes war, findet dieses am 20./21.09.2015 auf der Insel Poel statt. Das Amt beteiligt sich mit einem eigenen Team aus Bürgermeister, Feuerwehr, Sport und Verwaltungsmitarbeitern an der in diesem Rahmen am Sonntag stattfindenden Bauernolympiade.

Im Amtsgebäude wurden bereits 2014 die ersten 4 Dachliegefenster ausgetauscht. Nunmehr laufen die Vorbereitungen für den Austausch der nächsten 4.

Im Sinne der Fürsorgepflicht wurde die Begleitung der gemeindlichen Sitzungen durch Amtsmitarbeiter kritisch hinterfragt (nicht Sitzungsdienst, sondern fachliche Beiträge). Im Ergebnis hat Frau Teichmann eine Dienstanweisung zur Sitzungsteilnahme erlassen und bereits mit den Bürgermeistern abgestimmt. Ziel ist es, Ressourcen zu schonen und Mehrarbeitsstunden begrenzen.

Die aktuelle Flüchtlingssituation ist allgemein bekannt. Folglich ist der Landkreis ständig und allerorts auf der Suche nach geeignetem Wohnraum zur Unterbringung. Dabei war der Amtsbereich Neuburg ursprünglich aufgrund seiner Infrastruktur nicht interessant. Aufgrund des steigenden Drucks werden jedoch inzwischen andere Maßstäbe angesetzt, so dass auch hier mit Zuweisungen zu rechnen ist. Bisher liegen dem Amt keine Informationen vom Landkreis über geplante Unterbringungen vor, das kann sich jedoch täglich ändern. Weiterhin hat der Landkreis die Kapazitäten an freien Kita-Plätzen zur evtl. notwendig werdenden Betreuung von Flüchtlingskindern angefragt.

Am 30.06.2015 fand hier im Amt eine Infoveranstaltung mit Herrn Diederich statt, in dem der neue Nahverkehrsplan erläutert wurde.

Der Streit mit den Unternehmen ist, wie auch in der Presse zu lesen war, beigelegt. Damit kann die Umsetzung zum 01.01.2016 erfolgen. Bei den Fahrplankonferenzen sollte nochmal darauf geachtet werden, dass der Schülerverkehr abgesichert bleibt.

Zum Breitbandausbau informierte Minister Pegel am 10.09.2015 in Grevesmühlen. Die Veranstaltung war sehr interessant, im Ergebnis jedoch ernüchternd. Das Ziel der Bundesregierung, bis 2018 jeden Haushalt im ländlichen Bereich mit 50MBit zu versorgen, ist nicht realistisch. Gerade im ländlichen Bereich MVs ist der Ausbau der dünn besiedelten Gebiete mit extrem hohen Kosten verbunden. Förderprogramme von Bund und Land sind in Vorbereitung. Dabei wird jedoch eine mind. 10%ige Eigenbeteiligung der Gemeinden erforderlich. Die Koordinierung der Förderprojekte wird über die Landkreise erfolgen.

Am 26.08.2015 hat Frau Teichmann gemeinsam mit dem Wehrführer und Amtswehrführer die Sprechstunde des Ministerpräsidenten auf Poel besucht, um an Zusage des Innenministeriums hinsichtlich der Förderung eines Feuerwehrfahrzeuges zu erinnern.

TOP 1.7

Frau Kerl informiert über die personelle Situation im Amt, insbesondere die gefundenen Vertretungslösungen für die Kasse sowie den Hausmeister.

In Bezug auf die Personalgestellung ans Jobcenter zeichnet sich weiterhin keine unbefristete Übernahmemöglichkeit ab. Es können jedoch Einsatzmöglichkeiten im Amt in Aussicht gestellt werden.

TOP 1.8

Frau Guthardt erläutert den in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Blowatz erarbeiteten Entwurf der Vereinbarung zur Nutzung eines Einsatzleitwagens. Für die Unterhaltung wird zunächst ein jährlicher Anteil von 200 EUR pro Gemeinde veranschlagt, der im Wesentlichen aus dem hohen Kfz-Versicherungsbeitrag resultiert. Jährlich wird eine Prüfung und ggf. Anpassung erfolgen. Die Steuerbefreiung wird beantragt.

Alle Bürgermeister erklären sich mit der Vereinbarung einverstanden.

TOP 1.9

Das Gemeindeprüfungsamt hatte bei seiner in diesem Jahr durchgeführten Vergabepfung u.a. die Erarbeitung einer Vergabeordnung angeregt.

Frau Kerl informiert, dass diese bis zum Jahresende vorliegen soll und erläutert die Eckpunkte. Diesbezüglich liegt ein Beratungsangebot vor. Herr Treumann schlägt vor, stattdessen ein Muster vom Landkreis/anderen Ämtern einzuholen und erklärt sich bereit, an der Erarbeitung mitzuwirken. Herr Mehdau ist ebenfalls dazu bereit.

Es wird vereinbart, eine Arbeitsgruppe bestehend aus Herrn Treumann, Herrn Mehldau, Herrn Lange und Frau Kerl zu bilden.

TOP 1.10

Unter Bezugnahme auf den offenen Brief der Sozialausschüsse an Ministerin Hesse regt Herr Treumann an, zum Problem der steigenden Kitabeträge einen Volksentscheid zu initiieren. Ziel sollte eine Deckelung durch das Land sein. Die Idee wird allgemein begrüßt. Herr Mehldau bietet an, den Kontakt zu den Initiatoren des Volksentscheids zur Gerichtsstrukturreform herzustellen. Auch andere Multiplikatoren sollten genutzt werden. Das Amt wird gebeten, im Sinne eines Auftaktes alle Sozialausschüsse zu einer gemeinsamen Sitzung einzuladen.

Im Original folgt der nichtöffentliche Teil der 7. AAS.